

Landesvorstand verfolgt weiterhin Realisierung eines Landesbibliotheksgesetzes

12.2.2008

Telefon 02 61 91500-300
Telefax 02 61 91500-302

seefeldt@lbz-rlp.de

Auf der Sitzung des rheinland-pfälzischen DBV-Landesvorstands am 12.2.2008 in Mainz haben sich die Mitglieder einvernehmlich für eine Fortsetzung der Bemühungen zur Realisierung eines Landesbibliotheksgesetzes aus Hauptziel ihrer neu begonnenen Amtszeit 2008 bis 2010 ausgesprochen.

Das erste Gespräch am 5.2.2007 mit dem zuständigen Staatssekretär im Mainzer Bildungs- und Kulturministerium war leider negativ verlaufen: Der vom Vorstand ausgearbeitete Entwurf eines Bibliotheksgesetzes wurde „vorerst abgelehnt“. Nach Aussage des Staatssekretärs Dr. Hofmann-Göttig solle sich der DBV bemühen, zusammen mit den Bibliotheken im Land "den Boden zu bereiten", um politisch den Druck auf Kommunen und Land zu erhöhen. Die drei angegebenen Ablehnungsgründe – die angestrebte „Deregulierungspolitik der Landesregierung“ (d.h. weniger Gesetze), das „Konnexitätsprinzip“ in der Landesverfassung (d.h. Land zahlt immer für Kommunen) und die „unrealistische Forderung von Bibliotheken als Pflichtaufgabe“ – verhinderten derzeit die Verwirklichung eines Landesbibliotheksgesetzes. Das zunächst für den Spätherbst 2007 geplante Fachgespräch des DBV-Landesvorstands mit der zuständigen Ministerin wurde mehrfach verschoben und wird jetzt im Frühjahr 2008 stattfinden.

Neben den eigenen Aktivitäten setzt der Landesvorstand auch darauf, dass der Druck auf die Landespolitik durch die bemerkenswerten Aktivitäten im Bund und in den anderen Bundesländern, allen voran in Thüringen, wächst und Auswirkungen hat. Auch die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di hat sich des Themas angenommen und wird darüber innerhalb eines Workshops Anfang März in Berlin diskutieren.

Gez. Jürgen Seefeldt